V-17 Strukturwandel gerecht gestalten – Demokratie stärken

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Deutschland durchläuft tiefgreifende Umbrüche. Digitalisierung, Klimakrise, Energie- und Mobilitätswende verändern unsere Wirtschaft und Arbeitswelt in einem historischen Tempo. Diese Transformation ist notwendig, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten, Wohlstand nachhaltig zu sichern und eine gute Zukunft für kommende Generationen zu ermöglichen. Doch die Geschwindigkeit und Unsicherheit des Wandels erzeugen auch Angst, Frustration und Widerstand. Wo Menschen das Gefühl haben, dass sie auf der Strecke bleiben, wächst der Boden für Spaltung, Wut und den Aufstieg autoritärer Kräfte.

Der Erfolg der AfD gerade in Regionen und Branchen, die besonders vom Wandel betroffen sind, ist Ausdruck dieser Verunsicherung. Er zeigt: Wenn Politik den sozialen Zusammenhalt nicht stärkt, gefährdet sie auch die ökologische Transformation. Wo Abstiegsängste, Ohnmacht und Entwertungserfahrungen überwiegen, gedeihen Misstrauen, Nationalismus und Demokratieverdrossenheit. Wenn Menschen die Hoffnung verlieren, dass Veränderung ihr Leben verbessern kann, gewinnen jene, die einfache, aber falsche Antworten geben.

Deshalb braucht es eine Politik, die Klimaschutz, soziale Sicherheit und Demokratie zusammenführt. Die ökologische Transformation gelingt nur als ökologische Sozialpolitik, wenn sie als gemeinsame Aufgabe verstanden wird – als ein Projekt, das Gerechtigkeit, Teilhabe, gute Arbeit und soziale Sicherheit miteinander verbindet. Sie braucht Anerkennung für die Arbeit derer, die sie tragen. Sie braucht Mitbestimmung, Solidarität und Verlässlichkeit. Und sie braucht eine Sprache der Zuversicht, die den Mut zum Wandel mit dem Versprechen von Gerechtigkeit verbindet.

Grüne Politik steht für diesen Dreiklang: ökologisch, sozial, demokratisch. Wir wollen den Wandel gestalten, nicht verwalten – mit klaren politischen Rahmenbedingungen, mit gerechter Lastenverteilung, mit Beteiligung und Respekt. Nur so bleibt unsere Demokratie stark.

1. Ökologisch und sozial zusammendenken – Wandel gerecht gestalten

Die sozial-ökologische Transformation darf keine Frage von Gewinnern und Verlierern sein. Klimaschutz, Digitalisierung und Strukturwandel müssen sozial flankiert werden – mit gezielten Investitionen, Ausgleichsmechanismen und fairen Übergängen. Jede Maßnahme für Klimaneutralität braucht ein soziales Fundament: gute Löhne, bezahlbare Energie, sichere Arbeitsplätze. Nur wenn beides zusammengedacht wird, entsteht Vertrauen in den Wandel.

2. Gute Arbeit sichern – faire Bedingungen schaffen

Verlässliche Arbeit ist die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen die Tarifbindung stärken, einen wirklich armutsfesten Mindestlohn und gute Arbeitsbedingungen in allen Branchen. Arbeit darf nicht krank machen – sie

muss Sicherheit und Würde bieten. Gute Arbeit ist die soziale Basis jeder erfolgreichen Transformation.

3. Mitbestimmung stärken – Verantwortung gemeinsam tragen

Demokratie lebt von Mitbestimmung – auch im Betrieb. Beschäftigte müssen in Veränderungsprozesse einbezogen werden – in Unternehmen, Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen. Wo Menschen mitreden, mitentscheiden und gestalten können, sind sie weniger anfällig für autoritäre Versuchungen. Wir wollen die betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung deutlich stärken und sie auf die Herausforderungen des sozial-ökologischen Wandels ausrichten. Beschäftigte sollen bei Fragen von Investitionen, Produktionsweisen und Geschäftsmodellen stärker beteiligt werden. Denn nachhaltige Entscheidungen entstehen dort, wo Verantwortung geteilt wird – für gute Arbeit, für das Klima und für die Zukunft unseres Landes.

4. Sicherheit im Wandel schaffen – Qualifizierung und Absicherung stärken

Der Wandel kann nur gelingen, wenn er Sicherheit bietet. Wir wollen einen verbindlichen Transformationsfonds, eine Qualifizierungsoffensive mit einem Anspruch auf Mitbestimmung, Schutz bei Arbeitsplatzverlust und gezielte Förderung für Regionen im Strukturwandel. Wer sich auf Veränderung einlässt, muss wissen: Niemand wird im Stich gelassen. Dazu gehört auch ein verlässliches soziales Netz, das Menschen in allen Lebenslagen schützt – bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflege. Der Sozialstaat muss Halt geben, wenn Biografien brüchig werden, und Chancen eröffnen, wenn Neues beginnt. So entsteht Vertrauen in Veränderung – weil klar ist: Die Gesellschaft steht zusammen, auch wenn es schwierig wird.

5. Gerecht finanzieren – starke Schultern tragen mehr Verantwortung

Eine gerechte Transformation braucht auch eine gerechte Finanzierung. Wer über große Vermögen, hohe Erbschaften oder besonders hohe Einkommen verfügt, kann und soll stärker zum Gemeinwohl beitragen. Starke Schultern tragen mehr Verantwortung – aus Solidarität und im Bewusstsein, dass Zukunft nur gemeinsam gelingt. Wir wollen steuerliche Spielräume nutzen, um gezielt in soziale Sicherheit, Infrastruktur und den klimaneutralen Umbau unserer Wirtschaft zu investieren. Diese Mittel sollen vor allem dort wirken, wo Wandel soziale Risiken schafft – damit Klimaschutz, sozialer Ausgleich und Zusammenhalt Hand in Hand gehen.

6. Bündnisse für Demokratie und Transformation fördern

Die ökologische und soziale Erneuerung braucht starke Bündnisse: zwischen Gewerkschaften, Klimabewegung, Sozialverbänden, Wissenschaft und Politik. Gemeinsam müssen wir zeigen, dass Klimaschutz Arbeitsplätze sichern, Regionen stärken und Perspektiven schaffen kann. Diese Allianzen sind die Antwort auf Spaltung und Populismus – sie verbinden ökologisches Handeln mit sozialer Gerechtigkeit und Demokratie.

7. Anerkennung und Sichtbarkeit für Arbeit und Leistung

Die Transformation gelingt nur, wenn die Gesellschaft jene anerkennt, die sie tragen – in Produktion, Pflege, Handwerk, Verwaltung, Bildung, Dienstleistung. Diese Arbeit verdient Respekt, faire Löhne und gesellschaftliche Wertschätzung.

Wir wollen sichtbar machen, was oft übersehen wird: Ohne die Arbeit dieser Menschen gibt es keine Klimaneutralität und keinen Zusammenhalt.

8. Demokratische Bildung und politische Teilhabe stärken

Demokratie braucht Orte der Begegnung, des Dialogs und der Bildung. Wir wollen politische Bildung, Aufklärung über Desinformation und neue Beteiligungsprojekte in Betrieben, Schulen und Kommunen fördern. Wer versteht, was Wandel bedeutet und wie man ihn mitgestalten kann, wird nicht zur Zielscheibe rechter Hetze. Demokratie ist lernbar – und sie beginnt im Alltag.

9. Solidarität im Alltag fördern

Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen sich begegnen, Verantwortung übernehmen und füreinander einstehen. Wir wollen Programme fördern, die Dialog, Respekt, Gleichstellung und Vielfalt in Betrieben und Verwaltungen stärken - weil diese gerade unter Druck stehen. Soziale Nähe und gegenseitige Anerkennung sind die stärkste Antwort auf Hass und Spaltung.

10. Zukunft braucht Zuversicht

Politik muss ermutigen. Es geht nicht nur darum, was wir verändern, sondern auch darum, wie wir darüber sprechen. Sprache kann verbinden oder spalten – sie kann Ängste schüren oder Vertrauen schaffen. Den Zwängen neuer Medien und den populistischen Strömungen unserer Zeit dürfen wir keinen weiteren Raum geben. Wir wollen eine Sprache der Zuversicht: ehrlich über Herausforderungen, klar über Ziele und respektvoll im Ton. Menschen müssen spüren, dass Politik ihnen zuhört, ihre Lebenswirklichkeit ernst nimmt und erklärt, warum Veränderung notwendig ist – und wie sie gelingt.

Der Wandel gelingt nicht gegen die Menschen, sondern mit ihnen. Wenn wir Gerechtigkeit, Teilhabe und Vertrauen miteinander verbinden, entsteht Zuversicht – und daraus die Kraft, Demokratie und Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Begründung

GewerkschaftsGrün steht seit Jahren für einen Wandel, der Arbeit, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammenführt. Der Antrag greift zentrale Diskussionen unserer Jahrestagung auf und zeigt, was uns leitet: soziale Sicherheit, gute Arbeit, Solidarität, Demokratie und ökologische Verantwortung gehören zusammen. Gerade in Zeiten von Rechtsruck und Verunsicherung bleibt klar: Wir bleiben dran – für eine Transformation, die gerecht ist, Vertrauen stärkt und Menschen Halt gibt.

weitere Antragsteller*innen

Sarah Gonschorek (KV Soest); Dennis Kurzweil (KV Aachen); Bernd Meffert (KV Rheingau-Taunus); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Sebastian Wormsbächer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Simon Dylla (KV Wiesbaden); Daniel Pfeiffer (KV Offenbach-Stadt); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Matthias Dreikluft (KV Göppingen); Lenio Elia Kunz (KV Birkenfeld); Kai Caleb Elijah Beier (KV Göppingen); Anita Beier (KV Göppingen); Elsa Emma Beier (KV Göppingen); Svenja Bolldorf (KV Köln); Lisa-Maria Weigert (KV Reutlingen); Dominic Brauner (KV Münster); sowie 103 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.